

## Hintergrundinformationen

### Flugblatt VBGR-Info 05/2007

Die Einkommen der Bundesbeamten haben sich in den letzten Jahren stark verschlechtert. Eine genauere [Analyse](#) zeigt, dass die Stundenlöhne im Jahr 2007 niedriger als im Jahr 2000 sind ([siehe Grafik](#)). Ferner ist die Kaufkraft der Kolleginnen und Kollegen (also die um die Inflation korrigierten Gehälter) um mehr als 15% gesunken, während die der Tarifbeschäftigten in der Industrie durchschnittlich um 1,2% gestiegen ist ([siehe Grafik](#)).

Die [Entwicklung der Gehälter der Arbeitnehmer](#) kann man beim Statistischen Bundesamt einsehen.

Die [Entwicklung der Gehälter der Angestellten](#) ist dort ebenfalls hinterlegt.

Die [Entwicklung der Besoldung der Bundesbeamten](#) ist in einer Studie des Bundesinnenministeriums erläutert (speziell die Seiten 93 und 94), kann aber auch dem vom dbb veröffentlichten Handbuch für den öffentlichen Dienst der jeweiligen Jahre entnommen werden (Jahr 2006: ISBN 3-87863-087-5).

Aufgrund dieser sich beschleunigenden negativen Entwicklung können wir gut verstehen warum sich immer weniger junge Menschen für eine Stelle im öffentlichen Dienst interessieren. Es ist auch den langjährigen Kollegen nicht zu verdenken, wenn sie frustriert und demotiviert sind und ihr Engagement reduzieren. Beides wäre für den öffentlichen Dienst in Deutschland und damit für die gesamte Gesellschaft eine bedrohliche Entwicklung.

Nach der Föderalismusreform, die im Jahr 2006 in Kraft getreten ist und vor dessen negativen Entwicklungen der dbb Beamtenbund und Tarifunion (dbb) die Regierung immer gewarnt hat, haben sich die Einkommen der Bundesbeamten im Vergleich zu einigen Bundesländern zusätzlich verschlechtert. Letzteres ist ein besonders großes Problem im gehobenen Dienst: Da das DPMA nicht selbst ausbildet steht es mit den Ländern (vor allem mit dem Bundesland Bayern) in direkten Wettbewerb um die Absolventen der Verwaltungsfachschulen. Unter diesen Umständen wird das DPMA wohl auf Dauer kaum die besten Beamten im gehobenen Dienst anlocken können, die beispielweise in Bayern ein deutlich höheres Gehalt erhalten. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in München ist das Gehalt gerade im Bereich des gehobenen Dienstes ein entscheidendes Kriterium für die Wahl des öffentlichen Arbeitgebers.

Im öffentlichen Dienst zeigt die langjährige Erfahrung des dbb, dass die Regierung und die Parteien immer dann aktiv werden, wenn die Probleme bereits besonders groß geworden sind. Gute Leistungen sind leider kein ausreichendes Argument für eine gute Bezahlung. Im Gegenteil, gute Leistungen werden oft als Argument dafür missbraucht, dass ja alles bestens funktioniert und deshalb keine Änderungen nötig seien. Auch die Frage der Gerechtigkeit oder ein Hinweis auf sinkende Reallöhne hat die öffentliche Hand sehr selten zu besonderen Zugeständnissen bewegt.

Es ist deshalb die Aufgabe des VBGR aufzuzeigen und zu belegen, wie groß die Einkommenseinbußen genau sind und an welchen Stellen das DPMA im Vergleich zu anderen öffentlichen Arbeitgebern nicht mehr attraktiv ist. Da Beamte nicht streiken können, ist der einzige Weg Verbesserungen zu erreichen, die Entscheidungsträger in den Regierungsparteien, der Bundesregierung und der Öffentlichkeit von der Notwendigkeit von konkurrenzfähigen Gehältern im öffentlichen Dienst zu überzeugen. Der VBGR ist Mitglied im dbb Beamtenbund und Tarifunion (dbb) und kann deshalb auf die Meinungsbildung in den vorgenannten Gremien Einfluss ausüben. Ein Engagement bei uns lohnt sich.

Der dbb hat beschlossen die kommende Tarifausschusssetzung im öffentlichen Dienst gemeinsam mit Verdi zu bestreiten. Im Rahmen der Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Internetseite eingerichtet worden: [www.genug-gespart.de](http://www.genug-gespart.de). Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt, dass die errungen Erfolge in den Tarifausschusssetzungen im öffentlichen Dienst auch den Beamten zu Gute kommen. Solidarität mit den Angestellten im öffentlichen Dienst lohnt sich auch für die Beamten.